

„Die Bürger am Bau von Windrädern beteiligen“

Herr Hallmann, erneuerbare Energien sind nicht erst seit Fukushima Ihr Thema. Wann kam denn das Projekt „Windrad Ingersheim“ auf die Agenda?

Die Ingersheimer Windradinitiatoren sind seit über zehn Jahren aktiv. Nach dem Bau von Bürger-Fotovoltaikanlagen war es für uns naheliegend, auch das Thema Wind zu prüfen. Windmessungen in 2002 zeigten, dass ein Windrad auf der Ingersheimer Anhöhe wirtschaftlich zu betreiben ist. Der konkrete Entschluss wurde 2009 getroffen, im April 2010 die Genehmigung beantragt, seit 13. Juni 2012 läuft die Anlage offiziell. Eine Million Kilowattstunden sauberer, regenerativer Strom wurden seither erzeugt, gerechnet wird mit etwa 3,5 Millionen Kilowattstunden jährlich.

Weshalb haben Sie sich für eine Genossenschaft als Betriebsform entschieden?

Die beste Lösung als nachhaltiges demokratisches Modell zur Bürgerbeteiligung war für uns die Gründung einer Genossenschaft, jeder Bürger erhält eine Stimme, unabhängig von seinen Anteilen. Die Kombination von Haftung, Bürgerbeteiligung und demokratischem Konzept sprachen für dieses Modell. Die 150 Jahre alte Genossenschaftsform erlebt aus diesem Grund zurzeit eine Renaissance.



Dieter Hallmann, 52, ist einer der beiden Vorstände der Genossenschaft.

Foto: privat

Interview Verantwortung und Beteiligung am Gewinn – Bürgerwindräder erhöhen die Akzeptanz der Windkraft. Davon ist Dieter Hallmann überzeugt.

Erhöht eine solche Bürgerbeteiligung die Akzeptanz von Windrädern?

Wenn man eine hohe Akzeptanz für Windräder möchte, und das ist gerade das Allerwichtigste in Baden-Württemberg, muss man versuchen, so viele Bürger wie möglich mit in die Verantwortung zu nehmen und dann auch am Gewinn beteiligen. Das wird die Akzeptanz massiv erhöhen. Davon bin ich absolut überzeugt.

Das Projekt in Ingersheim war dennoch begleitet von Protesten, Klagen und Petitionen an den Landtag – Bürger gegen Bürger. Wie geht man damit um?

Das war ein harter und langer Weg. Wir waren von der Idee überzeugt, haben uns gegenseitig gestützt, aber auch von außen immer wieder Ermunterung zum Durchhalten erhalten. Heute haben wir eine sehr hohe Akzeptanz am Ort.

Versprechen Sie sich einfachere Genehmigungsverfahren durch die Gesetzesänderung der grün-roten Landesregierung?

Das damalige Genehmigungs-marathon war enorm. Aber wir hatten Fachkompetenz und Leute, die bereit waren, ehrenamtlich zu arbeiten. Die Genehmigungsbehörden brauchen jetzt klare Vorgaben und sollten zudem Antragstellern Hilfestellung leisten. Das Thema Naturschutz muss angemessen berücksichtigt werden und darf nicht K.-o.-Kriterium sein. Ich hoffe, dass solche Standards entstehen, damit die

Behörden anhand einer Checkliste schnell entscheiden können. Die Bürgergenossenschaften brauchen Erleichterung und Planungssicherheit.

Plant die Energiegenossenschaft Ingersheim weitere Windräder?

Bevor wir an weitere Windräder denken, wollen wir zunächst Betriebserfahrung mit der einen Anlage sammeln. Dann erst kann ein zweiter Schritt folgen. Fakt ist, der Standort in Ingersheim ist kein Standort für einen großen Windpark. Mehr als zwei Anlagen sind dort nicht möglich.

Mit welcher Rendite rechnen Sie?

Wir haben keine Versprechungen gemacht, sondern gehen von der Wirtschaftlichkeit bei einer Rendite von etwa drei Prozent aus. Das Windrad wird sich energetisch schon nach einem halben Jahr amortisieren – das heißt, dann haben wir den Strom erzeugt, der zum Bau notwendig war. Wichtiger aber ist: unser Modell ist ein Modell der Nachhaltigkeit, von der alle 320 Mitglieder profitieren werden. Sie haben ihr Geld sehr gut angelegt, sind Mitbesitzer einer Windkraftanlage, die mindestens 20 Jahre sauberen Strom erzeugt. Das wird ihnen noch viel Freude bereiten.

Das Gespräch führte Andrea Koch-Widmann.

ENERGIEGENOSSENSCHAFT INGERSHEIM

Windrad Die Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung eG betreibt ein 179 Meter hohes Windrad in Ingersheim (Kreis Ludwigsburg). Das Bürgerwindrad ist seit 13. Juni offiziell in Betrieb, es sollen bis zu 1200 Haushalte versorgt werden. Das Projekt kostet rund 3,6 Millionen Euro. 70 Prozent der 362 Genossenschaftsmitglieder stammen aus dem Ort oder der unmittelbaren Umgebung. akw